



Eingang: 06.09.2021, 16:05 Uhr

NR 103

01.09.2021

**Antrag
der Fraktionen DIE GRÜNEN, SPD, FDP und Volt
zur Vorlage NR 98/21 vom 23.08.2021**

Frankfurt als sicherer Hafen für geflüchtete Menschen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt erklärt sich ohne die bisherigen Einschränkungen zum Sicheren Hafen, tritt dem Bündnis Sicherer Hafenstädte und der Potsdamer Erklärung sowie dem europäischen Forum „Solidarity Cities“ bei und setzt sich auch auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass solche Erklärungen auch Konsequenzen haben und die Bereitschaft zu mehr Verantwortung auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Frankfurt am Main Geflüchtete über die nach dem Königsteiner Schlüssel vorgesehene Anzahl hinaus aufnimmt.

Begründung:

Noch immer sind Menschen auf der Flucht katastrophalen Zuständen ausgesetzt und die erschreckenden Nachrichten aus dem Mittelmeer und andernorts reißen nicht ab. In einer Zeit, in der laut der Vereinten Nationen fast eine Milliarde Menschen aufgrund von Krieg, humanitären Katastrophen oder extremer Armut vom Hungertod bedroht sind, in der Menschen vor Bürgerkriegen, Terror und auch den Folgen des Klimawandels fliehen, sieht sich die Stadt Frankfurt am Main in der Pflicht, über den Königsteiner Schlüssel hinaus geflüchtete Menschen aufzunehmen und Hilfe zu leisten. Die Stadt Frankfurt wird ihrer Verantwortung gegenüber Menschen auf der Flucht gerecht.

Antragsteller:

DIE GRÜNEN im Römer

Tina Zapf-Rodríguez
Dimitrios Bakakis
Fraktionsvorsitzende

SPD

Ursula Busch
Fraktionsvorsitzende

FDP

Yanki Pürsün
Fraktionsvorsitzender

Volt

Martin Huber
Fraktionsvorsitzender

SG - Obm Peter Feldmann
StR Prof. Dr. Daniela Birkenfeld